

50 PUNKTE

PLAN

**FÜR EINE GELUNGENE
INTEGRATION**

Vision einer Chancengesellschaft

Politik ist der Ort, an dem wir uns ausmachen, wie wir gut miteinander leben. Für die Integrationspolitik ist das umso zutreffender, da sie das respektvolle und friedliche Miteinander von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion in unserer Gesellschaft leitet. Dieses Miteinander muss jedoch aktiv gestaltet werden. Dafür braucht es eine **mutige, innovative und unabhängige Integrationspolitik abseits von Klientelinteressen und Blockaden**, die jeden Menschen, egal welcher Herkunft, zu einem freien, selbstbestimmten und erfüllten Leben befähigt. Österreich ist ein buntes Zuwanderungsland mit hoher gesellschaftlicher Vielfalt und einer **beachtlichen Integrationskraft**, in der das Zusammenleben über weite Teile ohne große Probleme und Konflikte verläuft. Zugleich gibt es Bereiche, in denen wir Herausforderungen im Integrationsbereich zu meistern haben. Hier braucht es sachliche, innovative und verbindliche Lösungen.

Aus Sicht von NEOS ist Integration eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit klaren und verbindlichen Zielen**. Eckpfeiler sind hierbei die Zugewanderten, seien das EU-Bürger_innen, Drittstaatsangehörige, Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte oder Asylwerber_innen, genauso wie die Aufnahmegesellschaft und der Staat. Allesamt haben klare Erwartungen zu erfüllen. **Nur auf der Basis unverhandelbarer europäischer Grundprinzipien**, einer verbindlichen und aktivierenden Integrationspolitik und gegenseitigem Respekt kann Integration auch gelingen. Das bildet das Fundament einer vielfältigen Gesellschaft mit größtmöglichen individuellen Freiheiten. Bereitschaft zur Vielfalt bedeutet, nicht nur die eigene Freiheit, sondern insbesondere auch die Freiheit aller anderen in der Gesellschaft zu gewährleisten. Das Ziel von Integrationspolitik muss sein, dass alle in Österreich lebenden Menschen sich selbst erhalten und auf Basis unserer Verfassung selbstbestimmt und eigenverantwortlich an der Gesellschaft teilhaben können.

Fehlender politischer Gestaltungswille und Versäumnisse in der Vergangenheit haben zu einem kostspieligen Reparaturbetrieb und verpassten Chancen für die Betroffenen geführt. Das wollen und können wir uns nicht mehr länger leisten. Zwischen **emotionalisierten Einwanderungsdebatten von rechts** und dem **Leugnen von Problemen von links** hat die Integrationsdebatte mit NEOS endlich eine **lösungsorientierte Mitte** gefunden. Wir schlagen einen mutigen 50-Punkte-Plan vor, der bisherige Versäumnisse aufholt und die österreichische Integrationspolitik zukunftsfit macht.

Klare gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen

Integration betrifft fast alle gesellschaftlichen Teilbereiche und ist somit eine Querschnittsmaterie. Sowohl Arbeitsmarkt, als auch Gesundheitssystem, Wohnungsmarkt, Schulsystem, Migrations- und Asylpolitik und viele weitere gesellschaftliche Bereiche sind eng mit Integration verknüpft. Daher sind die politischen Rahmenbedingungen, wie wir Integration gestalten, besonders wichtig. Das vorhandene Integrationsgesetz wird den diversen Anforderungen an dieses komplexe Politikfeld leider momentan nicht gerecht. Es ist sehr dürftig und die Themen sind willkürlich gesetzt. Hier braucht es endlich einen Gesamtentwurf.

Wir werden

- 1. klare Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und Gemeinde- bzw. Städteebene aufbauen**, denn Integration ist eine Querschnittsmaterie und muss koordiniert werden. Daher braucht es auch starke und handlungsfähige Kompetenzstellen in allen relevanten Ministerien (Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie, Jugend, Inneres, Äußeres etc.).
- 2. uns für ein einheitliches, verständliches und logisches Integrationsgesetz einsetzen**, das auf unnötige Sondergesetze verzichtet und den derzeitigen Gesetzesdschungel wieder durchschaubar macht.
- 3. eine bedarfs- und wirkungsorientierte Integrationsförderung betreiben**, denn dort, wo der Bedarf dank erfolgreicher Integrationsarbeit zurückgeht, können Förderungen anderweitig eingesetzt werden - nur so kann maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der Betroffenen eingegangen und effektive, befähigende und nachhaltige Integrationsarbeit geleistet werden.
- 4. den Ausbau der Werte und Orientierungskurse vorantreiben**, denn die derzeitigen 8-stündigen Kurse sind zu kurz und bleiben daher symbolisch und wirkungsarm.
- 5. außerdem eine individuelle Integrationsvereinbarung einführen**, denn nur diese individuellen Coachings und Beratungen bieten Raum für persönliche Fragen und Perspektiven der Betroffenen, die wiederum die Basis eines verbindlichen, individuellen Integrations- und Bildungsplans darstellen.

Integration durch Bildung

Bildung ist der **Schlüssel zur Selbstentfaltung** und bietet die Basis, auf der wir unseren Alltag meistern. Sie beginnt mit Tag 1 und reicht über den Kindergarten, über die Schule, Lehr- oder Universitätsausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Kindergarten und Schule sind dabei jene Orte, an denen wir uns grundlegende Fähigkeiten aneignen. Sie sind Orte der Aufklärung, des Lernens und des kritischen Denkens. Aus einer integrationspolitischen Perspektive gilt ihnen daher eine besondere Aufmerksamkeit, denn der soziale Hintergrund eines Kindes darf nicht für seine Bildungskarriere ausschlaggebend sein.

Chancen-Kindergärten

Wir werden

6. **Mehrsprachigkeit als wertvolle Ressource bereits ab dem Kindergarten fördern**, denn die Erst- bzw. Muttersprache ist die Basis eines erfolgreichen Deutschlernens. Neben den klassischen europäischen Sprachen wie Englisch, Französisch oder Italienisch dürfen andere, z.B. osteuropäische Sprachen oder Türkisch und Arabisch nicht geringgeschätzt werden.
7. **gezielte Deutschförderung ebenfalls ab dem Kindergarten** einführen, denn bereits im Kindergarten müssen Kinder so in ihrer Sprachentwicklung gefördert werden, dass von den sechsjährigen Kindern 90 Prozent die deutsche Sprache fließend beherrschen und die gleichen Chancen in der Schule haben, wie Kinder mit deutscher Erstsprache.
8. **mehr muttersprachliche Pädagog_innen in Kindergärten und Schulen** einsetzen, um für Diversität zu sorgen und zu gewährleisten, dass die jeweiligen Erst- und Muttersprachen als wertvolle Ressourcen entsprechend gewürdigt und gefördert werden. Primäres Ziel ist, dass der Erwerb der Erstsprache als solides Fundament das Erlernen der deutschen Sprache vereinfacht.
9. das **kostenlose verpflichtende 2. Kindergartenjahr endlich umsetzen**, das besonders Kindern aus sozial schwächeren und bildungsfernen Schichten, aber auch Kindern mit und ohne Migrationshintergrund den Schuleinstieg u.a. durch frühe Sprachförderung erleichtert. Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung muss gewährleistet werden. Davon profitieren alle Kinder, egal welcher Herkunft.

10. im Kindergarten für mehr **Ressourcen** eintreten - das heißt eine Finanzierung sicherstellen, die ein Betreuungsverhältnis von 3:1 langfristig ermöglicht.

Chancen-Schulen

Wir werden

11. **kostenlose Ganztagsplätze für Schüler_innen an Schulen mit besonderen Herausforderungen** schaffen, denn durch die zunehmende Auslagerung des schulischen Bildungsauftrags in die Familien (mit den Kindern lernen, Hausaufgaben machen, teure Nachhilfe finanzieren etc.) werden finanziell schlechter gestellte und bildungsfernere Familien massiv benachteiligt. Der Bildungsauftrag muss in der Schule bleiben!
12. **„Problem“-Schulen zu Chancenschulen machen**, indem wir Schulen mit besonderen Herausforderungen im Rahmen eines Chancenindex mehr Mittel für Schulsozialarbeiter_innen und Pädagog_innen zur Verfügung stellen.
13. einen **verpflichtenden Ethikunterricht** einführen, der Schüler_innen im Rahmen der Allgemeinbildung sachlich und neutral über verschiedene Religionen aufklärt und dabei politisch und weltanschaulich-religiös unabhängig bleibt.
14. den **konfessionellen Religionsunterricht der alleinigen Verantwortung der Glaubensgemeinschaften entziehen**. Stattdessen soll er in einem Dialog auf Augenhöhe zwischen Expert_innen und den Glaubensgemeinschaften ausgerichtet und somit gewährleistet werden, dass der konfessionelle Religionsunterricht den Grundprinzipien unserer pluralistischen, weltoffenen und demokratischen Gesellschaft entspricht.
15. die **Einrichtung einer Anti-Diskriminierungsstelle an jeder Schule** umsetzen, an die sich besonders von Diskriminierung, Rassismus und Gewalt betroffene Schüler_innen und Lehrer_innen wenden können. Insbesondere frühe Diskriminierungserfahrungen sind einschneidend und prägen das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gesellschaft nachhaltig.

16. die Themen **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besser in den allgemeinen Schulunterricht integrieren**, denn diese Themen sind im Rahmen der politischen Bildung für jede Person essentiell, um ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu führen, egal welcher Herkunft.
17. ein **Deradikalisierungskonzept für Schulen** entwerfen, das präventiv wirken und gesellschaftliche, politische und religiöse Spannungen abbauen soll. Jugendliche sind in besonderem Maße anfällig für die Vereinnahmung durch radikale, extremistische Ideologien, die ihnen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft bieten. Hier muss früh angesetzt und präventiv für Aufklärung, Beratung und Hilfe gesorgt werden.

Integration durch Arbeit

Das Arbeits- und Sozialsystem bildet die Grundlage, ein eigenverantwortliches Leben zu führen und in Notlagen möglichst schnell wieder auf eigenen Füßen zu stehen. Unser Solidarsystem funktioniert jedoch nur, wenn alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ihren wirtschaftlichen Selbsterhalt sorgen und einen Beitrag dafür leisten. Daher ist es wichtig, dass die notwendigen Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt und auch erfüllt werden.

Wir werden

18. Anreize für junge Zugewanderte oder Geflüchtete schaffen, **Ausbildungen in nachgefragten Berufsfeldern** zu absolvieren, denn in Österreich herrscht in einigen Branchen massiver Fachkräftemangel. Es gilt hier, vorhandenes Potenzial bestmöglich zu nutzen, die Menschen auf eigene Beine zu stellen und ihnen die Möglichkeit zu geben, einen Beitrag zu unserer Solidargesellschaft zu leisten.
19. **Menschen, die aus humanitären Gründen zu uns gekommen sind** und gefragte Qualifikationen nachweisen können, die Möglichkeit bieten, **rasch in berufsbezogenen Kursen Deutsch zu lernen, ev. Nachschulungen zu machen** und sich schnellstmöglich ins Erwerbsleben zu integrieren.

20. durch **starke Frauen- und Elternarbeit die Erwerbsbeteiligung von Frauen** bei bestimmten Zuwanderungsgruppen **erhöhen**. Derzeit sind besonders türkische Frauen und solche aus dem ehemaligen Jugoslawien selten erwerbstätig. Das führt zu einem niedrigeren Lebensstandard der Familien und fördert die Tradierung veralteter Rollenbilder, da Töchter ihre Mütter häufig als Vorbild nehmen.
21. außerdem durch den **Ausbau von zielgruppenspezifischen AMS-Kursen für Frauen** tradierte Rollenbilder überwinden und Anreize für Frauen zur Erwerbstätigkeit setzen.
22. eine **bundesweit einheitliche Regelung zur bedarfsorientierten Mindestsicherung mit stärkeren Erwerbsanreizen** (beispielsweise Einschleifregelungen bei der Mindestsicherung für arbeitende Bezieher_innen) umsetzen. Arbeits- und Sozialrecht gehören besser verschränkt, Erwerbsanreize im Rahmen des Sozialsystems dürfen dabei nicht verlorengehen und die existentielle Grundversicherung für Menschen in Not muss funktionieren.
23. gleichzeitig einen **Ausbau der Sachleistungen und eine Reduktion der Geldleistungen einführen**, um Erwerbsanreize zu setzen.
24. **berufsbegleitende Ausbildungsmöglichkeiten forcieren**, damit es Menschen mit Migrationshintergrund leichter möglich ist, sich neben dem Beruf fortzubilden und einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Oftmals wird eine Ausbildung der Möglichkeit untergeordnet, in schlechtbezahlten Berufen rasches Geld zu verdienen, was besonders auf junge Menschen langfristig negative Konsequenzen durch versäumte Ausbildungsmöglichkeiten hat.
25. die **überregionalen Arbeitsvermittlung erleichtern**, damit Menschen dort eingesetzt werden können, wo sie gebraucht werden und nicht anderswo in die Arbeitslosigkeit abrutschen.
26. die vom **AMS erfolgreich durchgeführten Kompetenzchecks ausbauen**, durch deren individuelle Perspektive die Betroffenen möglichst rasch und unkompliziert einen guten Einstieg in den Arbeitsmarkt entsprechend ihrer Kompetenz finden sollen.
27. das **Integrationsjahr wieder stärken**, das bereits kurz nach seiner Einführung finanziell ausgehungert und so gut wie eingestellt wurde. Die darin umfassten Bewerbungs- und Arbeitstrainings, Kompetenzclearings und spezifischen Deutsch- und Wertekurse erleichtern den raschen Berufseinstieg für Asylberechtigte und solche mit sehr guten Aussichten auf Asyl maßgeblich.

- 28. Nostrifizierungen rascher abwickeln** und dadurch Personen in die Berufssparten integrieren, in denen sie in ihrem Heimatland bereits eine Fachausbildung absolviert haben. Dadurch werden vorhandene Potenziale bestmöglich genutzt und Menschen rascher zur Selbsterhaltung befähigt.
- 29. eine stärkere Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik samt Anlaufstelle bzw. Ansprechpersonen in den Betrieben etablieren**, damit Unternehmen und Betriebe stärker darauf vorbereitet werden, mit einer vielfältigen Belegschaft besser umzugehen und integrationshemmende Diskriminierung und Vorurteile rasch abzubauen.
- 30. psychologische Betreuungsangebote für Asylberechtigte ausbauen**, die aufgrund von Traumata nicht dazu in der Lage sind, ihr Leben in Österreich aufzunehmen und einer Ausbildung oder einem Beruf nachzugehen. Wer eine verbindliche und somit verpflichtende Integrationspolitik fordert, muss die Menschen auch dazu befähigen, den Anforderungen nachzukommen. Menschen, die psychologische und anderwärtige gesundheitliche Betreuung benötigen, müssen diese daher auch erhalten.

Integration durch Teilhabe

Politische, gesellschaftliche und soziale Teilhabe sind wesentliche Aspekte einer gelungenen Integrationspolitik. Man kann nicht von Menschen erwarten, dass sie sich einem Land zugehörig fühlen, in dem sie keine Mitbestimmungs- und Teilhaberechte genießen. 2019 durften rund 15% der österreichischen Bevölkerung nicht wählen, weil sie keine österreichischen Staatsbürger_innen sind. Das ist nicht nur in eine „repräsentativen Demokratie“ höchst bedenklich und widersprüchlich, sondern wirkt auch stark integrationshemmend. Die Message dahinter ist klar und problematisch: du bist keine_r von uns, du darfst auch nicht mitbestimmen. Zwar hängen wesentliche Rechte an der Staatsbürgerschaft und dürfen nicht leichtfertig vergeben werden. Die Staatsbürgerschaft darf aber auch nicht als kollektives Ausschlussinstrument eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung instrumentalisiert werden.

Teilhabe durch Staatsbürgerschaft

Wir werden

- 31. das aktive und passive Wahlrecht für Unionsbürger_innen erweitern** und zusätzlich zum bestehenden Wahlrecht auf kommunaler Ebene auch ein wohnsitzbezogenes Wahlrecht für Landtags- und Nationalratswahlen sowie der/des Bundespräsident_in ermöglichen. Dass mittlerweile ein Drittel der Wiener Bevölkerung im wahlfähigen Alter nicht wahlberechtigt ist, ist ein demokratiepolitisches Armutszeugnis. Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben, sollen auch auf politischer Ebene mitbestimmen können. Dadurch wird die europäische Identität gestärkt und ein erster Schritt zu einer Unionsbürgerschaft gesetzt.
- 32. die massiven Hürden zur Einbürgerung senken**, die dazu geführt haben, dass wir nach Lettland die niedrigste Einbürgerungsrate im europäischen Vergleich haben, während die Zuwanderungszahlen jedoch steigen. Kosten von mehreren 1000 Euro, hohe Einkommensnachweise über einen langen Zeitraum, lange Wartezeiten und zahlreiche andere Hürden führen zu einer Abschreckung als einem Anreiz, Österreicher_in werden zu wollen.
- 33. die Regelungen zur Doppelstaatsbürgerschaft ins 21. Jahrhundert holen**, indem wir neben der bereits existierenden Doppelstaatsbürgerschaft bei Geburt auch den nachträglichen Erwerb der österreichischen Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit unter den allgemein gültigen Voraussetzungen möglich machen.

Soziale Teilhabe durch Diversität und Repräsentation

Wir werden

- 34. die Jugendarbeit stärken**, um dem Abrutschen in die Kriminalität und Radikalisierungstendenzen vorzubeugen, die meist aus dem Gefühl heraus entstehen, unfair behandelt zu werden oder keine Perspektiven zu haben.
- 35. Buddy-Systeme fördern**, um Jugendliche mit Vertreter_innen ihrer sozialen und ethnischen Gruppen in Verbindung zu bringen und in förderliche Gemeinschaften zu integrieren.

- 36. auf verstärkte Arbeit mit Gruppen setzen, die einen besonders hohen Bedarf van Integration aufweisen**, um sozialen, kulturellen und religiösen Spannungen vorzubeugen. Das betrifft insbesondere Teile der tschetschenischen, türkischen, afghanischen, syrischen und somalischen Community, die besonders integrativ gefördert werden sollen.
- 37. die Beschäftigung und somit Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen**, um die Kommunikation in heiklen behördlichen Angelegenheiten zu verbessern und die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft angemessen widerzuspiegeln.
- 38. genauso für mehr Diversität und Repräsentation im Gesundheitsbereich** sorgen, da besonders in diesem Bereich eine funktionierende Kommunikation essentiell ist und sich andererseits gerade hier kulturelle und religiöse Herausforderungen stellen und daraus resultierenden Konflikten oder unterlassener Hilfesuche entgegengewirkt werden muss.
- 39. ein Polizei- und Sicherheitspaket** umsetzen, das die Vielfalt innerhalb der Polizei stärkt und somit zum Abbau von Vorurteilen beiträgt und der angemessenen Repräsentation unserer vielfältigen Gesellschaft Rechnung trägt.
- 40. eine stärker bürgerorientierte Polizeiarbeit (Community Policing/Management)** einführen, die nach schwedischem Vorbild und in Verbindung mit dem strategischen Aus- und Aufbau der

Teilhabe durch Anerkennung

Wir werden

- 41.integrations-störende Milieus und isolationistische Strömungen besonders integrativ fördern.** Uns ist bewusst, dass einige Communities sich teilweise vom Rest der Bevölkerung oder auch von bestimmten anderen Communities abgrenzen und isolationistische Tendenzen sowie hohes Konfliktpotential aufweisen. Diese Tendenzen dürfen wir nicht weiter ignorieren, sondern wir müssen ihnen aktiv mit gezielten Maßnahmen wie langfristiger Dialog- und Friedensförderung zwischen den betreffenden Communities bzw. der österreichischen Gesellschaft begegnen. Hierbei soll der Staat als Mediator und Brückenbauer auftreten, als letztes Mittel jedoch auch durchgreifen und z.B. bei extremistischen Strömungen jeglicher Art Vereinsverbote aussprechen.

- 42.** als aufnehmende Gesellschaft den **vollen Respekt für unsere europäischen Grundwerte, Rechtsstaatlichkeit und das Erlernen der deutschen Sprache** fordern und räumen im Gegenzug den Zugang zu Arbeitsmarkt, Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem sowie politischer Teilhabe ein. Wir schätzen die Meinungs- und Religionsfreiheit und entziehen Vertreter_innen freiheitsfeindlicher Strömungen den Nährboden für ihr Wirken durch Stärkung der liberalen und demokratisch gesinnten Kräfte. Extremismus, Sexismus, Rassismus oder Diskriminierung von sexuellen Minderheiten, religiös oder politisch Andersdenkenden, aufgrund des Geschlechts oder der Herkunft haben in unserer Gesellschaft keinen Platz, egal von welcher Seite sie ausgehen.
- 43.** für eine **wertschätzende und respektvolle Sprache im Integrations-Kontext** eintreten und gegen die Normalisierung rechter Diskurse und abwertender oder entmenschlichender Sprache auftreten. Denn wie man über jemanden spricht, beeinflusst maßgeblich dessen oder deren Gefühl bzw. Wunsch von Zugehörigkeit und kann massiv integrationshemmend wirken.

Integration durch eine aktive Wohnpolitik

Aufgrund von Zuwanderung und unterschiedlichen Lebensstilen ist das gesellschaftliche Leben deutlich vielfältiger und bunter geworden. Trotzdem leben wir oft in unseren Gemeinschaften und unseren Gesellschaftsgruppen. Das ist normal und unproblematisch, solange das Nebeneinander offen und entspannt ist sowie genug Räume und Möglichkeiten für ein Miteinander vorhanden sind.

Wir werden

- 44.** durch **aktive Wohnpolitik und Städteplanung für eine bessere soziale und ethnische Durchmischung** sorgen, sodass soziale oder ethnische Grätzelsbildungen in Zukunft besser vorgebeugt und ein buntes und entspanntes Miteinander ermöglicht wird.
- 45.** **gemeinsame Räume und Projekte im Wohnumfeld schaffen**, die gruppenübergreifende Begegnungen, Kontakte und Freundschaften fördern und unsere Gesellschaft pluralitätsfähig halten.
- 46.** **das Konzept Hausbesorger_in 2.0** umsetzen, die als Vermittlungspersonen in Konfliktfällen faire Lösungen im Gemeindebau finden und den sozialen und kulturellen Austausch erleichtern sollen.

Integration durch Bewusstseinsbildung

Diskriminierung, Extremismus, Rassismus

Wir werden

- 47. die Einrichtung einer offiziellen Anlaufstelle gegen Diskriminierung und Extremismus** anstoßen, die sich neben ihren Pendants in Unternehmen und Schulen zusätzlich auf übergeordneter Ebene dem Kampf gegen Rassismus und Extremismus widmet. Durch Monitoring in Verbindung mit gezielten Maßnahmen soll freiheitsfeindlichen, integrationshemmenden und menschenfeindlichen Strömungen aller Art effektiv vorgebeugt werden.
- 48. den Kampf gegen Alltagsrassismus auch in Form von Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen im öffentlichen Raum** aufnehmen. So sollen veraltete Denkmuster aufgebrochen und ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander auf Augenhöhe ermöglicht werden.
- 49. uns dem Thema Racial Profiling innerhalb der österreichischen Polizei** widmen und sowohl verpflichtende Schulungen zur Bewusstseinsbildung, als auch harte Konsequenzen für Polizist_innen einführen, die rassistisch motiviert handeln. Besonders in Zeiten von #blacklivesmatter ist es töricht, die Augen vor dieser Problematik zu verschließen. Stattdessen gehört Rassismustendenzen und der darauf basierenden Ausübung behördlicher Gewalt mit massiven negativen Konsequenzen für die Betroffenen aktiv entgegen gewirkt.
- 50. zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine und Interessensvertretungen im Bereich Integration fördern**, denn gerade sie leisten einen immensen Beitrag zur sozialen Integration, stellen Kontakte mit Communities und der Aufnahmegesellschaft her und helfen bei der Wohnungs- und Jobsuche. Sie schultern einen Bärenanteil der emotionalen und sozialen Integration in die österreichische Gesellschaft, der von der Politik besser gewürdigt und gefördert werden muss.